

OA-Update Sanktionen – 2022/43 – Entwicklungen vom 08. Juli

(Stand: 08.07., 14:30 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage unter [Kontakt](#).

Deutscher Osthandel im Mai 2022 noch robust – Analyse des Ost-Ausschusses

In einem extrem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld zeigt sich der deutsche Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa insgesamt noch robust. Der bilaterale Handel mit den 29 Staaten der Region stieg im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat um 15,8 Prozent auf 47,4 Milliarden Euro. Die deutschen Ausfuhren in die Region kletterten um 7,4 Prozent, die Importe von dort um 24,6 Prozent. Insgesamt stieg damit der deutsche Warenaustausch mit Mittel- und Osteuropa in den ersten fünf Monaten um 12,6 Prozent auf 229 Milliarden Euro.

Insbesondere der deutsche Warenaustausch mit den Nachbarn Polen und Tschechien, den beiden größten Wirtschaftspartnern in der Region, legte im Mai gegenüber dem Vorjahr erneut kräftig um 16,2 bzw. 25,6 Prozent zu. Unsere engen wirtschaftlichen Verbindungen mit Mitteleuropa stützen damit weiterhin die Konjunktur in Deutschland. Auch der Handel mit Südosteuropa entwickelt sich weiter gut.

Deutliche Rückschläge zeigen sich dagegen erwartungsgemäß im Handel mit der Ukraine, Russland und Belarus. Der bilaterale Warenaustausch mit der Ukraine ging im Mai um 12,3 Prozent zurück. Die deutschen Exporte sanken dabei um knapp 20 Prozent. Erfreulich ist hingegen, dass sich die deutschen Importe aus der Ukraine trotz der Auswirkungen des Krieges im Vergleich zum Mai 2021 stabilisiert haben. Das beweist, dass die ukrainische Wirtschaft zu großen Teilen weiter lieferfähig ist. Vor Ort produzierende deutsche Unternehmen engagieren sich im höchsten Maße, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Hier finden sie das vollständige Statement sowie die dazugehörigen Handelstabellen:

[Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa noch robust | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

dpa:

Forderungen nach weiteren Sportsanktionen gegen Russland und Belarus

Deutschland und 34 weitere Länder fordern Sanktionen für russische und belarussische Sportverbände sowie Funktionäre. Sie sollen nach ihrem Willen von internationalen Verbänden wie dem IOC suspendiert werden und keine wichtigen Posten mehr bekleiden dürfen. Eine entsprechende Stellungnahme veröffentlichte das US-Innenministerium am Dienstag. Zu den Unterzeichnern zählt demnach auch der deutsche Parlamentarische Staatssekretär Mahmut Özdemir (SPD) aus dem für Sport zuständigen Innenministerium.

Das Kollektiv „gleichgesinnter Nationen“ erkenne die Autonomie von Sportverbänden an, vertrete aber die Position, dass „nationale russische und belarussische Sportverbände von internationalen Verbänden suspendiert werden“ sollten. Personen, die in enger Verbindung zum russischen oder belarussischen Staat stünden, sollten zudem von wichtigen Posten entfernt werden. Das gelte nicht nur für Regierungsvertreter. Außerdem sollten nationale und internationale Sportorganisationen in Betracht ziehen, TV-Übertragungen ihrer Wettkämpfe nach Russland und Belarus auszusetzen, hieß es.

Viele internationale Sportverbände haben seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine Sportlerinnen und Sportlern aus Russland und Belarus die Teilnahme an internationalen Wettkämpfen untersagt. Die Nationalverbände aber sind überwiegend weiterhin Teil des organisierten Sports. So listet das Internationale Olympische Komitee (IOC) beispielsweise zwei Russen unter den stimmberechtigten Mitgliedern und zwei weitere unter den Ehrenmitgliedern. In der UEFA-Exekutive wiederum sitzt Alexander Djukow, der Präsident des russischen Fußball-Verbandes. Er ist auch in führender Position beim Energieriesen Gazprom tätig.

PRESSEMITTEILUNG

Bundeskabinett beschließt Anpassung des Energiesicherungsgesetzes

Die Bundesregierung wappnet sich weiter für eine Zuspitzung der Lage auf den Energiemärkten. Dazu hat das Bundeskabinett am 5. Juli in einem schriftlichen Umlaufverfahren eine Formulierungshilfe für eine Anpassung des Energiesicherungsgesetzes und weiterer Folgeänderungen, u.a. des Energiewirtschaftsgesetzes beschlossen. Die Formulierungshilfe wird in einem nächsten Schritt über die Fraktionen der Regierungskoalition in den Bundestag eingebracht. Ziel ist ein schneller Abschluss des parlamentarischen Verfahrens.

Vizekanzler und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck erklärte dazu: „Die Lage am Gasmarkt ist angespannt und wir können eine Verschlechterung der Situation leider nicht ausschließen. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass sich die Lage zuspitzt. Deshalb schärfen wir mit der Novelle des Energiesicherungsgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes unsere Instrumente noch mal nach. Es geht darum, alles zu tun,

um auch im kommenden Winter die grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten und die Energiemärkte so lange es geht am Laufen zu halten, trotz hoher Preise und wachsender Risiken.“

Mit dem Entwurf werden vor allem Anpassungen im Energiesicherungsgesetz vorgenommen, um die Instrumente zur Stärkung der Vorsorge noch einmal zu erweitern.

Neben Präzisierungen und Konkretisierungen zum bestehenden Preisanpassungsrecht des § 24 Energiesicherungsgesetz (EnSiG) wird ein neues, alternatives Instrument eingeführt, das sogenannte saldierte Preisanpassungsrecht des § 26 EnSiG. Dabei handelt es sich um einen Mechanismus, bei dem die Mehrkosten einer Ersatzbeschaffung infolge von verminderten Gasimporten gleichmäßig auf alle Gaskunden verteilt werden können.

Die ausführliche Pressemitteilung mit weiteren Hintergründen finden Sie hier:

[BMWK - Bundesregierung wappnet sich weiter für eine Zuspitzung der Lage auf den Energiemärkten: Bundeskabinett beschließt Anpassung des Energiesicherungsgesetzes](#)

Deutsch-Ukrainischer Konflikt über kanadische Gasturbine für Nord Stream 1?

Bundeswirtschaftsminister Habeck hat nach Informationen der „Welt“ die kanadische Regierung gebeten, die Rückführung einer reparierten Gasturbine zu ermöglichen, die aufgrund internationaler Sanktionen derzeit in Kanada zurückgehalten wird. Dazu habe es auch bereits positive Signale gegeben, heißt es in dem Artikel.

[Gasversorgung: Robert Habeck drängt auf Lieferung von Nord-Stream-Turbine aus Kanada - WELT](#)

Die fehlende Lieferung der Turbine hatte Gazprom zum Anlass genommen, den Durchfluss von Erdgas über die Pipeline Nord Stream 1 massiv zu senken. Die Bundesregierung hält die Maßnahme für einen Vorwand. Man wolle, so Habeck, aber der russischen Regierung diesen Vorwand jetzt nehmen und habe Kanada um die Freigabe der Turbine gebeten.

Nach exklusiven Informationen eines ukrainischen Internet-Portals soll Kanada tatsächlich die Freigabe der Turbine vorbereiten.

Hier der Bericht auf Ukrainisch:

[Канада готує виняток із санкцій для "Газпрому" всупереч пропозиціям Києва – джерела | Європейська правда \(eurointegration.com.ua\)](#)

Gleichzeitig wurde allerdings ein Bericht des US-Newsportals Politico bekannt, nachdem sich die ukrainische Regierung massiv gegen eine Freigabe der Turbine einsetzen würde.

Der ukrainische Energieminister habe demnach die kanadische Regierung gebeten, wegen der Gasturbine keine Ausnahme von seinen Sanktionen gegen Moskau zu machen, da es Russland freistehe, sein Gas durch die Ukraine zu leiten.

„Gazprom verbreitet weiterhin falsche Geschichten, um seine Handlungen zu rechtfertigen, die einzig und allein auf monetären Gewinn abzielen und immer mehr politischen Druck auf den Westen ausüben“, heißt es in dem Schreiben des ukrainischen Abgeordneten Galuschtschenko vom 23. Juni an die stellvertretende kanadische Premierministerin Chrystia Freeland. „Es sollte eine einheitliche Haltung und konsequente Maßnahmen geben, wie sie Litauen demonstriert, das trotz der Erpressung und der ausdrücklichen Drohungen des Kremls Sanktionsmaßnahmen für den Warentransit durchsetzt“.

Der Brief fügt hinzu, dass „alle notwendigen Infrastrukturen bereits vorhanden sind, um ausreichende Gasmengen in die EU zu transportieren ... Dennoch weigert sich Gazprom, die verfügbare Kapazität des ukrainischen [Gasfernleitungsnetzes] zu nutzen, für die es zahlt.“

Hier der Politico-Bericht:

[Ukraine urges Canada not to return Nord Stream pipeline component – POLITICO](#)

UN-Bericht zu Problemen mit Overcompliance bei Sanktionen

Alena Douhan, UN-Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Sanktionen auf die Einhaltung der Menschenrechte, hat einen Leitfaden über die Übererfüllung einseitiger Sanktionen und deren schädliche Auswirkungen auf die Menschenrechte veröffentlicht.

Der Leitfaden besagt:

- Overcompliance ist eine Form der exzessiven Risikovermeidung, die Folgendes beinhalten kann: Blockierung aller Finanztransaktionen mit einem sanktionierten Land/einer sanktionierten Einrichtung/einer sanktionierten Person ungeachtet humanitärer Ausnahmen oder des Geltungsbereichs; Verhinderung genehmigter Transaktionen; Einfrieren von Vermögenswerten, die nicht von Sanktionen betroffen sind; oder Verhinderung der Eröffnung/des Führens von Bankkonten oder der Durchführung von Transaktionen durch Einzelpersonen, weil sie Staatsangehörige eines sanktionierten Landes sind.
- Die Übererfüllung von Sanktionen verhindert, verzögert oder verteuert den Kauf und die Lieferung von (humanitären) Gütern in sanktionierte Länder, hindert internationale Organisationen und NRO daran, ihre Mitarbeiter in sanktionierten Ländern zu bezahlen, und erschwert den Zugang zur Justiz.
- Risikominderung und Übererfüllung zwingen Unternehmen/Personen, alternative Geldtransfermechanismen zu nutzen, die undurchsichtig sein können.

Der Bericht empfiehlt Banken und anderen Finanzinstituten:

- ihre Richtlinien zur Einhaltung von Sanktionen zu überprüfen, um festzustellen, ob ihre Beschränkungen weiter gefasst sind als die von den Sanktionen geforderten, und die Nichteinhaltung von Vorschriften nach Möglichkeit auszuschließen.
- zu prüfen und zu überwachen, ob eine Überschreitung einseitiger Sanktionen schädliche Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte durch die Menschen hat oder haben könnte, für die sie die Finanzdienstleistungen und andere einschränkt.
- Sicherstellung des freien Zahlungsverkehrs für Waren, die zur Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung in den Zielländern erforderlich sind.

[OHCHR | Guidance Note on Overcompliance with Unilateral Sanctions and its Harmful Effects on Human Rights](#)

Make it in Germany

Informationen der Bundesregierung zur Fachkräftenwerbung (auch aus Russland) in verschiedenen Sprachen: <https://www.make-it-in-germany.com/de/>

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
 - VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
 - Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://gtai.de)

Dashboard zur weltweiten Sanktionsentwicklung

Die kommerzielle Webseite sanctions-intelligence.com verzeichnet fortlaufend Sanktionsentwicklungen weltweit mit vielen nützlichen Links auf Ursprungstexte.

[Sanctions Dashboard | sanctions-intelligence.com](https://sanctions-intelligence.com)

2. Terminübersicht

12. Juli: Online-Bürgerdialog „Krieg in der Ukraine: Zeitenwende für die EU?“, 17:00 Uhr

Der Krieg in der Ukraine prägt seit mehr als vier Monaten die europäische Politik – von Themen wie der Ernährungssicherheit bis hin zu Politikfeldern wie der Energiepolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik. So stand auch der EU-Gipfel am 23./24. Juni 2022 wenig überraschend im Zeichen des russischen Angriffskrieges: Die EU-Führungsspitzen gewährten der Ukraine und Moldau den Beitrittskandidatenstatus. Ferner bekräftigte der Europäische Rat, dass die EU weiterhin vielfältige Unterstützung für die Widerstandsfähigkeit der Ukraine leisten werde. Doch auch darüber hinaus stellen sich viele Fragen: Wie kann die EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungsfähiger werden? Brauchen wir eine Reform der EU-Erweiterungspolitik? Darüber möchten wir mit Ihnen reden!

Wir laden Sie am **Dienstag, den 12. Juli 2022, von 17:00 bis 18:30 Uhr** herzlich zu unserem Online-Bürgerdialog „**Krieg in der Ukraine: Zeitenwende für die EU?**“ ein. Bringen Sie Ihre Anliegen und Fragen ein und treten Sie in den virtuellen Dialog mit:

David McAllister, MdEP und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten
Ljudmyla Melnyk, Senior Projektleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „German-Ukrainian Researchers Network“ (GURN) am Institut für Europäische Politik
Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, ehemalige Inhaberin der Professur für Politikwissenschaft an der Universität Würzburg

[JETZT HIER ANMELDEN](#)

Der Online-Bürgerdialog wird von der überparteilichen [Europa-Union Deutschland e.V.](#) veranstaltet und ist Teil des Bürgerdialogprojekts [„Krieg in der Ukraine – Bürgerdialoge zur Zukunft der EU“](#). Die Veranstaltung wird gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und findet in Kooperation mit dem [Institut für Europäische Politik](#) statt.

20. Juli: Online-Update von EulerHermes zu „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ von 8:30 – 9:30 Uhr

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitions Garantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitions Garantien für Russland in Kraft getreten. Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitions Garantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

Am 20. Juli 2022 ab 8:30 Uhr begrüßen Sie:

- Felix Brücher, Head of Department Market, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG
- Stefan Schmidt, Head of Department Underwriting 2, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG

Hier finden Sie die Übersicht der EH-Veranstaltungen:

[Veranstaltungen - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

21. Juli: AHK-Webinar zum Thema „Güterbezogene Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus, 10:00 – 12:00 Uhr

Am Donnerstag, den **21. Juli 2022 von 10:00 bis 12:00 Uhr MEZ** (11:00 – 13:00 Moskauer / Minsker Zeit) laden wir Sie herzlich ein zu einem **Webinar zum Thema „Güterbezogene Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus“** mit **Georg Pietsch**, Abteilungsleiter für Ausfuhrverfahren, Genehmigungen, Internationale Regime – Verfahren, Outreach-Projekte, und **Thomas Barowski**, Leiter des Referats für Grundsatz und Verfahrensfragen im BAFA.

Das Webinar wird federführend vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Kooperation mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Russland und der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus organisiert.

Anmeldeschluss ist der 20. Juli

[Webinar zu güterbezogenen Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland und Belarus \(ahk.de\)](https://www.ahk.de)

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 1. Juli)

Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine in Lugano

Nach den Worten von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Ukraine ein „immenses Potenzial“ für positive Veränderungen. Die Rede von der Leyens im Rahmen der Wiederaufbaukonferenz in Lugano finden Sie hier:

[Von der Leyen: Ukraine hat immenses Potential für positive Veränderung \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie einen Bericht des Ost-Ausschusses zur Konferenz:

[Ergebnisse von Lugano aus Sicht der Wirtschaft | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Weitere Berichte zu den Ergebnissen von Lugano: siehe Kapitel 8

Streit mit der EU - Litauen lehnt offenbar Ausnahmen für Transit nach Kaliningrad ab

Nach Informationen der russischen Zeitung Iswestija sagte die litauische Präsidentenberaterin Asta Skaisgirytė am 7. Juli im nationalen Radio LRT, ihr Land werde einem grünen Korridor für den Transit nach Kaliningrad nicht zustimmen.

„Die bisherige Politik Litauens besteht darin, den Transit sanktionierter Waren zu verbieten und zu kontrollieren. Das Moment der Kontrolle muss erhalten bleiben, und wenn jemand öffentlich von 'grünen Korridoren' spricht, kann nicht daran gedacht werden, nicht zu kontrollieren, was wo und warum auf litauischem Gebiet passiert“, sagte demnach Skaisgirytė.

Sie wies auch darauf hin, dass litauische Diplomaten mit der Europäischen Kommission (EK) den Text des kommenden Dokuments zur Klärung der Transitsituation erörtern. Laut Skaisgirytė „ist es nicht so, dass die EU nur befiehlt und wir nur ausführen“.

Am 18. Juni um Mitternacht trat ein litauisches Verbot der Durchfuhr von Waren aus Litauen in das Kaliningrader Gebiet in Kraft. Sie wurde als Teil des fünften Pakets der antirussischen Sanktionen der Europäischen Union verhängt. Aus Kreisen der EU-Kommission hieß es zuletzt, man wolle den Warentransit per Schiene auf dem alten Niveau wieder erlauben und dass dafür in Kürze eine entsprechende Erklärung abgegeben würde. Diese ist bislang aber nicht veröffentlicht worden.

[Литва откажется создавать «зеленые коридоры» для транзита в Калининград | Новости мира | Известия | 07.07.2022 \(iz.ru\)](#)

Neue Leitlinien der EU-Kommission für humanitäre Hilfe und die Einhaltung von Sanktionen

Die Europäische Kommission hat einen Leitfaden für die Bereitstellung humanitärer Hilfe im Einklang mit EU-Sanktionen veröffentlicht. Der Leitfaden gibt einen Überblick über EU-Sanktionen, die Funktion humanitärer Ausnahmen (einschließlich Befreiungen und Ausnahmeregelungen), die Verpflichtungen zur Einhaltung der Sanktionen und die Sorgfaltspflicht. Hinweis.

Der Hinweis sagt aus:

- Die EU-Sanktionen enthalten keine Definition des Begriffs „humanitärer Zweck“, aber gemäß den bewährten Praktiken des EU-Rates können sie die Bereitstellung bzw. Erleichterung der Bereitstellung von Hilfsgütern, die Bereitstellung von medizinischen Hilfsgütern und Nahrungsmitteln für Bedürftige, die Verlegung von humanitären Helfern und die damit verbundene Unterstützung oder Evakuierung von Bedürftigen umfassen.
- Nach dem humanitären Völkerrecht haben Bedürftige immer Anspruch auf humanitäre Hilfe, so dass die humanitären Akteure den Bedürftigen humanitäre Hilfe leisten können, ohne prüfen zu müssen, ob sie als solche ausgewiesen sind oder nicht.
- Die EU-Sanktionen enthalten eine Ergebnisverpflichtung, d. h. die Tatsache, dass bestimmte Verfahren eingeführt wurden, schließt die Haftung im Falle von Verstößen gegen die EU-Sanktionen nicht aus.
- Die Akteure der humanitären Hilfe sollten besonders auf die Benennung von Geschäftsleuten, des Gesundheitssektors, falscher Wohltätigkeitsorganisationen, von Sicherheitsdiensten, Streitkräften und paramilitärischen Gruppen, von Geldgeschäften und von lokalen Regierungsbehörden achten.
- Die Akteure der humanitären Hilfe können für Verstöße gegen EU-Sanktionen haftbar gemacht werden, es sei denn, sie können nachweisen, dass sie nicht wussten und keinen begründeten Verdacht hatten, dass ihre Handlungen gegen die einschlägigen Verbote verstoßen würden.

Der Vermerk enthält auch eine Checkliste mit Fragen zur Einhaltung der Vorschriften.

[Commission guidance note on the provision of humanitarian aid in compliance with EU restrictive measures \(sanctions\) \(europa.eu\)](#)

[Sanctions: Commission guidance note on the provision of humanitarian aid in compliance with EU restrictive measures | European Commission \(europa.eu\)](#)

Euractiv:

EU prüft Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine durch russische Vermögenswerte

Laut einem von EURACTIV eingesehenen Vorschlag prüft die EU derzeit rechtliche Möglichkeiten zur Wiederverwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte, die aufgrund von Verstößen gegen die EU-Sanktionen nach Russlands Einmarsch in der Ukraine beschlagnahmt werden könnten.

Die Europäische Kommission gab letzte Woche ihre Zustimmung zu dem Pilotprojekt, dessen Umsetzung eine halbe Million Euro der verfügbaren 40 Millionen Euro kosten würde. Die Machbarkeitsstudie, die vom rumänischen EU-Abgeordneten Vlad Gheorghe geleitet wird, würde Aspekte wie die Verhängung von Sanktionen, das Einfrieren von Vermögenswerten, die Beschlagnahmung von Vermögenswerten und die Wiederverwendung der beschlagnahmten Vermögenswerte in der Volkswirtschaft für soziale Zwecke sowie in den EU-Haushalt für öffentliche Ausgaben in der Ukraine abdecken.

Außerdem soll das beschlagnahmte Vermögen russischer Oligarchen und Unternehmen zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine und der Bedürfnisse von Flüchtlingen verwendet werden. „Als dies zum ersten Mal vorgeschlagen wurde, erhielt ich die Antwort, dass dies unmöglich sei und unser Rechtssystem nicht bereit sei, da wir in Europa und nicht in Amerika leben“, sagte Gheorghe gegenüber EURACTIV. „Aber mit dem jüngsten Vorschlag der Kommission sind wir auf dem richtigen Weg, da die Richtlinie die theoretische Grundlage bilden und die Studie uns dabei helfen würde, einen praktischen Ansatz zu finden, wie wir es machen können“, sagte er.

Im Mai stellte die Kommission Pläne vor, die Beschlagnahmung eingefrorener Vermögenswerte im Zusammenhang mit schweren illegalen Aktivitäten und mutmaßlichen Kriminellen zu erleichtern, einschließlich derer, die die EU-Sanktionen gegen Russland umgehen. Der Vorschlag, der noch von den EU-Staats- und Regierungschefs gebilligt werden muss, würde die Verletzung von EU-Sanktionen in die Liste der Straftaten aufnehmen, wodurch eine Rechtsgrundlage für Straftaten und Strafmaßnahmen in der gesamten EU geschaffen würde.

Solche gemeinsamen EU-Vorschriften würden es theoretisch einfacher machen, Verstöße zu untersuchen, zu verfolgen und zu bestrafen. Sie würden auch die Beschlagnahme von Vermögenswerten mit Hilfe der neuen von der Kommission im März eingerichteten „Freeze and Seize“-Task Force erleichtern.

„Dies wird auch ein Test für die Beschlagnahme größerer Mengen an Vermögenswerten in der Zukunft sein“, sagte Gheorghe. Die Zusammenarbeit erfordere jedoch, dass sich alle Ebenen der EU-Strafverfolgung koordinieren. „Wir müssen besser mit unseren Agenturen innerhalb der EU zusammenarbeiten, und wir haben Mitgliedsstaaten, die besser wissen, wie man solche Operationen durchführt. Italien zum Beispiel hat Erfahrung mit der Beschlagnahmung von Mafia-Vermögen“, fügte er hinzu.

...

Auf die Frage, ob er eine ausreichende Bereitschaft der Mitgliedsstaaten sehe, auf die Beschlagnahmungen zu reagieren, betonte Gheorghe, dass das Zögern in den letzten Wochen abgenommen habe. „Es sind bestimmte Interessen im Spiel, die die Leute sagen lassen, es sei schwierig oder unmöglich, aber aus der Sicht der Mitgliedsstaaten sehe ich genug Willen, weil uns langsam das Geld ausgeht“, sagte er. „In diesem Sinne ist das russische Vermögen ein klarer Fall“, sagte er und fügte hinzu: „Welche Regierung möchte nicht das Geld des Aggressors nutzen und das Geld ihrer eigenen Bürger für den Wiederaufbau verwenden?“

Auf die Frage nach einem Zeitplan für den Beginn der Studie sagte Gheorghe, der geplante Starttermin sei der Herbst, wenn die EU-Budgets für die Projekte genehmigt werden. „Die Ukrainer verlieren mehr als nur Zeit, sie verlieren Menschenleben und kritische Infrastruktur, daher ist die Zeit für rechtliche Theorien vorbei“, sagte Gheorghe.

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

[Iswestija](#)

Polnische Behörden planen den Verkauf von Unternehmen mit russischer Beteiligung

Die polnischen Behörden beabsichtigen, Unternehmen mit russischer Beteiligung, gegen die Sanktionen verhängt wurden, unter Zwangsverwaltung zu stellen, um sie zu verkaufen. Dies gab nach Angaben der russischen Zeitschrift Iswestija der polnische Minister für Entwicklung und Technologie Waldemar Buda am 5. Juli bekannt.

„Wir haben eine wichtige Entscheidung getroffen, um die Institution der so genannten vorübergehenden Zwangsverwaltung einzuführen“, sagte er auf einer Pressekonferenz im Anschluss an die Regierungssitzung und präzisierte, dass es sich dabei um ein Gremium handeln würde, das sich mit Unternehmen befasst, die restriktiven Maßnahmen unterliegen.

„Diese Regelung wird es ermöglichen, ein von Sanktionen betroffenes Unternehmen zu verwalten, um es zu verkaufen, und die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren“, fügte der Minister hinzu.

Konsolidierte FAQ der Europäischen Kommission zu Russland-Sanktionen

Die Europäische Kommission hat eine konsolidierte Version der FAQ zu den Russland-Sanktionen veröffentlicht:

[Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Die EU-Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU

[EU Sanctions Map](#)

Alle Entwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Die Zeit

Russisches Parlament stimmt Gesetzentwürfen zur Kriegswirtschaft zu

Russische Firmen könnten bald per Gesetz verpflichtet werden, das Militär zu beliefern. Grund ist der „kolossale Sanktionsdruck“ des Westens, sagt Vizepremier Borissow.

Das russische Parlament ebnet den Weg für den Umbau einer auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgerichteten Wirtschaft. Das Unterhaus billigte dazu in erster Lesung zwei Gesetzentwürfe. Diese würden es der Regierung ermöglichen, Unternehmen zu verpflichten, das Militär mit dringend benötigten Waren und Dienstleistungen zu beliefern. Die Mitarbeiter könnten zudem zu Überstunden und Urlaubsverzicht gezwungen werden.

Vizeministerpräsident Juri Borissow sagte in der Duma, die Maßnahmen seien nötig, um dem Militär in einer Zeit zu helfen, in der Russlands Wirtschaft unter "kolossalem Sanktionsdruck" des Westens stehe. Die Belastung für die Rüstungsindustrie sei erheblich gestiegen. Um die Versorgung mit Waffen und Munition zu gewährleisten, müsse "die Arbeit des militärisch-industriellen Sektors und der Firmen, die Teil der Kooperationsketten sind, optimiert werden", sagte Borissow....

Beide Gesetzentwürfe wurden von der russischen Regierung eingebracht. Sie müssen noch die zweite und dritte Lesung durchlaufen, vom Oberhaus geprüft und von Präsident Wladimir Putin unterzeichnet werden.

Staatsduma verabschiedet Gesetz zur Einschränkung von „Gegensanktionsinformationen“

Am 6. Juni verabschiedeten die Abgeordneten der Staatsduma nach Angaben der Zeitung Iswestija in dritter Lesung ein Gesetz, mit dem das Konzept der „Gegensanktionsinformationen“ in die Gesetzgebung aufgenommen wurde. Die Änderung wurde von einer Gruppe von Abgeordneten initiiert, um die Risiken neuer Beschränkungen im Zusammenhang mit der Konfrontation mit „unfreundlichen“ Ländern zu verringern.

Dem Dokument zufolge sind unter Gegensanktionen Informationen jeglicher Art über abgeschlossene und geplante Transaktionen im Bereich des Außenhandels mit Dienstleistungen, Waren, Informationen oder geistigem Eigentum zu verstehen. Das Gesetz soll die Verbreitung solcher Informationen an eine unbestimmte Anzahl von Personen einschränken, auch über die Medien und das Internet.

„Die Verbreitung von Gegensanktionsinformationen ist nur mit der schriftlichen Zustimmung ihres Inhabers - einer russischen natürlichen oder juristischen Person, die am Außenhandel teilnimmt und ein Geschäft getätigt hat oder zu tätigen beabsichtigt – zulässig“, heißt es in dem Dokument.

Gleichzeitig gilt das Erfordernis, eine entsprechende Zustimmung einzuholen, nicht für Leiter und bevollmächtigte Vertreter staatlicher oder lokaler Behörden sowie für Vertreter der russischen Zentralbank (CBR).

Das Gesetz soll dazu beitragen, die Interessen der Regierung, der Unternehmen und der Herstellerfirmen zu schützen, die unter dem zunehmenden außenpolitischen Druck einzigartige Technologien einsetzen.

Am Vortag verabschiedete die Staatsduma in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Schutzes personenbezogener Daten von Russen und zur Verschärfung der Anforderungen an Betreiber, die solche Daten verarbeiten. Die Änderungen zielen auf die Verbesserung des Rechtsschutzes für personenbezogene Daten und die Verstärkung der staatlichen Kontrolle in diesem Bereich ab, einschließlich des Systems zur Aufdeckung, Verhütung und Beseitigung der Folgen von Computerangriffen auf Informationsressourcen der Russischen Föderation.

[Госдума приняла закон об ограничении «контрсанкционной информации» | Новости политики | Известия | 06.07.2022 \(iz.ru\)](#)

Belarus führt Gegensanktionen gegen westliche Investoren ein

Als „Gegensanktionen“ gegen so genannte „unfreundliche Länder“ hat die belarussische Regierung eine Liste von 190 Unternehmen mit ausländischen Gesellschaftern/Aktionären veröffentlicht, denen „im Interesse der Sicherheit der Republik Belarus“ bis auf weiteres der Transfer ihrer Anteile untersagt wird. Ausländische Anteilseigner dürfen demnach ihre Aktien nur noch mit behördlicher Genehmigung veräußern. Die entsprechende EntschlieÙung wurde am 5. Juli im National Legal Internet Portal veröffentlicht.

Das Dokument definiert die Liste der juristischen Personen von Belarus, deren Anteilseigner ausländische juristische oder natürliche Personen „aus dem Ausland sind, die unfreundliche Handlungen begehen“. Es ist ihnen „verboten, ihre Anteile (Aktien) am genehmigten Kapital zu veräußern“. Die Aktien sind auf „Depotkonten“ gesperrt. Jegliche Geschäfte mit ihnen sind nur mit Genehmigung des Finanzministeriums möglich.

Der Regierungserlass wurde im Rahmen des Dekrets Nr. 93 vom März "Über zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung eines stabilen Funktionierens der Wirtschaft" verabschiedet, um „den Abzug von Kapital aus dem Land zu verhindern“.

Zu den betroffenen Unternehmen und ihren Tochtergesellschaften gehören unter anderem Carl Zeiss, Hörmann, Duisburger Hafen, Henkel Bautechnik, Epam, Wargaming, Euroopt, Remondis, Lukoil, Olvi, Franck Muller und das Internationale Bildungs- und Begegnungszentrum IBB „Johannes Rau“ in Minsk.

[Microsoft Word - 5-50438.doc \(pravo.by\)](#)
[Zerkalo.io](#)

dpa:

Putin drängt Ausländer aus Förderkonsortium Sachalin Energy

Kremlchef Wladimir Putin hat die Umregistrierung des milliardenschweren Öl- und Gasförderkonsortiums Sakhalin Energy angeordnet. Damit droht den ausländischen Aktionären Shell, Mitsui und Mitsubishi der Verlust ihrer Anteile.

«Die russische Regierung erschafft eine russische GmbH, auf die (...) alle Rechte und Pflichten der Sakhalin Energy Investment Gesellschaft übergehen», heißt es in dem Präsidentenerlass, der am 1. Juli veröffentlicht wurde.

Alle Eigentumsrechte des Joint Ventures werden damit an Russland übergeben. Die Altaktionäre - Gazprom (50 Prozent plus eine Aktie), Shell (27,5 Prozent minus eine Aktie), Mitsui (12,5 Prozent) und Mitsubishi (10 Prozent) - dürften sich an der noch zu bildenden Betreibergesellschaft beteiligen. Die Tageszeitung «Kommersant» nannte dies in ihrer Freitagsausgabe einen «Loyalitätstest». Die Änderungen in der Eigentümerstruktur begründete Putin mit den westlichen Sanktionen, die eine Gefahr für das Weiterbestehen der Produktion darstellten.

Sollten sich die ausländischen Unternehmen weigern, sich an dem neuen Schema zu beteiligen, will die russische Regierung deren Anteile innerhalb von vier Monaten verkaufen, den Erlös aber auf ein Sperrkonto überweisen, an das die Unternehmen nicht herankommen.

Zudem soll die russische Regierung in dem Fall eine Prüfung der ausländischen Unternehmen durchführen, um wegen möglicher Umweltschäden in Russland Kompensationsforderungen zu erheben. Mit diesem Druckmittel hat Moskau schon 2006 die Aufnahme von Gazprom in das zuvor rein ausländische Konsortium durchgesetzt.

Kremlsprecher Dmitri Peskow widersprach am Freitag der These, dass es sich um einen Präzedenzfall für die Enteignung anderer ausländischer Unternehmen zugunsten des Staates handle. Japan, das derzeit rund 9 Prozent seiner Gasimporte aus Russland bezieht, reagierte zunächst verhalten. «Wir müssen mit dem Betreiber kommunizieren und überlegen, wie wir reagieren», sagte Regierungschef Fumio Kishida.

Sakhalin Energy fördert Öl und Gas vor der russischen Fernostinsel Sachalin. Zudem gehört dem Konsortium eine Gasverflüssigungsanlage (LNG). Nach eigenen Angaben hat das Unternehmen 2020 37,9 Millionen Barrel Öl und 11,6 Millionen Tonnen Flüssiggas verschifft.

Weitere Meldungen zu Russland:

Russland blockiert Öltransit aus Kasachstan

Ein für den Export von kasachischem Öl bestimmtes Terminal im Schwarzen Meer muss auf Beschluss eines Gerichts in Südrussland für 30 Tage seinen Betrieb einstellen. Begründet wurde der Stopp mit möglichen Umweltschäden, wie die Nachrichtenagentur Interfax in der Nacht zum Mittwoch berichtete. Zuletzt hatte es zwischen Russland und der benachbarten zentralasiatischen Ex-Sowjetrepublik Kasachstan wegen des Ukrainekriegs Unstimmigkeiten gegeben.

Über das Terminal in der südrussischen Hafenstadt Noworossijsk fließen 80 Prozent des aus Kasachstan exportierten Öls - Kasachstan hat keinen eigenen Zugang zu den Weltmeeren. Die Umschlagkapazität liegt bei 67 Millionen Tonnen Öl pro Jahr. Kasachstans Präsident Kassym-Schomart Tokajew hatte zuletzt der EU angeboten, mehr Öl und Gas nach Europa zu liefern, um die Energiesicherheit des Kontinents trotz des Ukrainekriegs und der damit zusammenhängenden Sanktionen gegen Russland zu gewährleisten. Kasachstan hat die Unabhängigkeit der von Moskau protegierten Separatistenrepubliken im Osten der Ukraine nicht anerkannt.

Kasachstan hat unterdessen angekündigt, verstärkt eine Ausweichroute über das Kaspische Meer entwickeln zu wollen, was allerdings einige Zeit dauern dürfte.

[Kazakhstan president seeks to diversify oil export routes away from Russia | Eurasianet](#)

Russische Speditionen geben auf

Aufgrund des rückläufigen Frachtaufkommens, niedrigerer Frachtraten und höherer Wartungskosten für Ersatzteile haben einige russische Transportunternehmen mit dem Verkauf ihrer Lastwagenflotte begonnen. Wie die Tageszeitung Vedomosti berichtet, werde die Beibehaltung von großen Fuhrparks zunehmend unrentabel. Zuvor hatten russische Medien bereits vor einer drohenden Konkurswelle bei russischen Spediteuren aufgrund des starken Rückgang des internationalen Frachtverkehrs berichtet. Vor der Ukraine-Krise haben rund 3.100 russische Unternehmen mit einer Flotte von insgesamt 45.000 Lkw Waren in die EU transportiert.

[Транспортные компании начали избавляться от грузовиков - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Ausländische Unternehmen dürfen keine Bodenschätze mehr erschließen

Auf der Duma-Plenarsitzung am Dienstag, den 21. Juni, verabschiedete die Staatsduma in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, das die Erteilung von Lizenzen für die Erschließung des Untergrunds an ausländische Unternehmen verbietet.

„Die Einführung eines gesetzlichen Verbots der Erschließung inländischer Bodenschätze durch ausländische Unternehmen wird die wirtschaftlichen Interessen Russlands schützen“, betonte Wjatscheslaw Wolodin, Vorsitzender der Staatsduma.

Nach dem Gesetz sind ausländische Staatsangehörige und juristische Personen von der Zahl der Nutzer des Untergrunds in Russland ausgeschlossen. Um weiterhin in unserem Land arbeiten zu können, müssen sie juristische Personen in der Russischen Föderation gründen und ihnen das Recht auf die Nutzung des Untergrundes übertragen. Bestehende Lizenzen zur Nutzung des Untergrunds, die sich im Besitz von Ausländern befinden, werden an russische Unternehmen übertragen oder an den nicht zugewiesenen Untergrundfonds zurückgegeben

[Иностранные компании лишат права разрабатывать российские недра \(duma.gov.ru\)](http://duma.gov.ru)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aeb.rus.ru\)](http://aeb.rus.ru)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

Maßnahmen gegen russische Fluggesellschaften

Das Bureau of Industry and Security (BIS) des US-Handelsministeriums hat gegen Pobeda Airlines, Nordwind Airlines und Siberian Airlines d/b/a S7 Airlines Exportverweigerungsanordnungen erlassen. Alle drei Fluggesellschaften sollen internationale Flüge von verschiedenen Bestimmungsorten nach Russland mit Flugzeugen durchgeführt haben, die den Export Administration Regulations (EAR) unterliegen und nicht über die erforderlichen Genehmigungen verfügten. Außerdem sollen sie weiterhin Flugzeuge US-amerikanischer Herkunft auf russischen Inlandsflügen einsetzen und damit gegen das Allgemeine Verbot 10 der EAR verstoßen haben. Die Anordnungen bleiben für 180 Tage in Kraft.

Ab dem 2. März 2022 müssen Flugzeuge mit US-amerikanischem Ursprung oder ausländische Flugzeuge, die zu mehr als 25 % aus kontrolliertem US-amerikanischem Ursprung bestehen und in Russland oder bei einem russischen Staatsangehörigen registriert sind bzw. sich in dessen Besitz befinden bzw. von ihm kontrolliert werden bzw. gechartert oder geleast sind, eine Lizenz erhalten, bevor sie nach Russland fliegen dürfen.

Die russischen Fluggesellschaften Aeroflot, Aviastar, Azur Air, Rossiya und Utair sowie die weißrussische Fluggesellschaft Belavia unterliegen ebenfalls einer vorübergehenden Verweigerungsanordnung.

[UNITED STATES DEPARTMENT OF COMMERCE \(doc.gov\)](https://www.doc.gov)

6. Sanktionen weiterer Länder

Schweiz

Übernahme der EU-Sanktionen

Die Schweiz hat weitere Bestandteile des sechsten Russland-Sanktionspakets der EU angenommen, nachdem sie bereits am 10. Juni 2022 einige der Maßnahmen verabschiedet hatte. Die EU hatte ihr 6. Paket von Russland-Sanktionen am 3. Juni 2022 verabschiedet.

Vorbehaltlich der geltenden Übergangsfristen und Ausnahmen umfassen die von der Schweiz angenommenen Maßnahmen Verbote für:

- Den Kauf, die Einfuhr, die Durchfuhr und den Transport von Rohöl und bestimmten raffinierten Erdölerzeugnissen in die/innerhalb der Schweiz, den Handel mit Rohöl und Erdölerzeugnissen, die für die Schweiz bestimmt sind, sowie die Erbringung von damit verbundenen Dienstleistungen. Die vollständige Umsetzung soll bis Anfang 2023 erfolgen.
- Die Erbringung von Dienstleistungen, einschließlich Versicherung oder Rückversicherung, im Zusammenhang mit der Beförderung von Erdöl und bestimmten russischen Erdölerzeugnissen an jeden beliebigen Bestimmungsort.
- Die Erbringung von Dienstleistungen wie Buchhaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Unternehmensberatung für die russische Regierung oder für in Russland ansässige Einrichtungen.
- Werbeinhalte, die von bestimmten russischen Medien produziert oder ausgestrahlt werden, darunter Russia Today, Sputnik, Rossiya RTR / RTR Planeta, Rossiya 24 / Russia 24 und TV Centre International.

Die Änderungen sehen auch neue Ausnahmen für bereits bestehende Maßnahmen und eine Klärung bestimmter Beschränkungen vor, darunter das Verbot von Treuhanddiensten.

Die Schweiz hat die EU-Verbote für die Vergabe öffentlicher Aufträge an russische Staatsangehörige und Organisationen/Einrichtungen mit Sitz in Russland noch nicht übernommen. Entsprechende Maßnahmen werden aber voraussichtlich bis Ende August 2022 eingeführt.

[Ukraine: Implementation of further EU sanctions against Russia \(admin.ch\)](#)

Großbritannien

Ausweitung der Sanktionen gegen Belarus

Das Vereinigte Königreich hat Anpassungen bei den Sanktionsregelungen für Belarus vorgenommen und neue Finanz-, Handels- und Verkehrssanktionen gegen Belarus als Reaktion auf die Unterstützung der russischen Aggression gegen die Ukraine eingeführt. Dazu gehören:

- Ausweitung des Verbots des Handels mit übertragbaren Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten auf solche, die von einer Reihe von Personen/Einrichtungen mit Verbindungen zu Belarus ausgegeben werden.
- Ausweitung des Verbots der Gewährung von Darlehen und Krediten an eine Reihe von Personen/Einrichtungen, die mit Belarus oder der Regierung von Belarus verbunden sind.
- Verbot der Erbringung von Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit der Verwaltung von Devisenreserven und Vermögenswerten für die belarussische Nationalbank, das belarussische Finanzministerium und damit verbundene Einrichtungen.
- Umsetzung des Verbots der Ausfuhr, Lieferung, Bereitstellung und Weitergabe von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, unabhängig davon, ob es einen militärischen Endverwender gibt.
- Verbot der Ausfuhr, Lieferung, Bereitstellung und Weitergabe von:
Gütern und Technologien der kritischen Industrie (und damit verbundenen Dienstleistungen); Gütern und Technologien im Zusammenhang mit Quantencomputern und fortgeschrittenen Werkstoffen (und damit verbundenen Dienstleistungen); und Gütern und Technologien für die Öltraffination (und damit verbundenen Dienstleistungen).
 - Verbot der Ausfuhr, Lieferung, Bereitstellung und Bereitstellung bestimmter Luxusgüter.
 - Ausweitung der bestehenden Verbote für Erdölprodukte auf eine breitere Palette von Ölen und anderen Produkten.
 - Verbot der Einfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen, die aus Belarus versandt werden oder dort ihren Ursprung haben.
 - Verbot der Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Einfuhr von Kali-, Eisen- und Stahlerzeugnissen.
 - Verbot der Bereitstellung von technischer Hilfe für Schiffe für oder zugunsten einer benannten Person/Einrichtung in Belarus.
 - Verbot der Bereitstellung von technischer Hilfe, bewaffnetem Personal, Finanzdienstleistungen oder Geldern oder von Vermittlungsdienstleistungen, wenn dadurch die Durchführung militärischer Aktivitäten durch das belarussische Militär oder andere mit Belarus verbundene militärische Endnutzer ermöglicht oder erleichtert wird.
 - Verbot für belarussische und andere spezifizierte Schiffe, Häfen im Vereinigten Königreich anzulaufen.
 - Übertragung von Befugnissen an den Minister, um die Bewegung von belarussischen oder bestimmten Schiffen zu kontrollieren, und an den Minister und die

Hafenbehörden, um belarussische Schiffe oder bestimmte Schiffe in Häfen oder an Ankerplätzen festzuhalten.

- Verbot der Eintragung von Schiffen in das Schiffsregister des Vereinigten Königreichs, wenn sie im Eigentum, unter der Kontrolle oder im Chartervertrag einer benannten Person/Einrichtung oder einer mit Belarus verbundenen Person/Einrichtung stehen oder wenn es sich um ein bestimmtes Schiff handelt.

[UK to implement further punishing economic measures on Belarus - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-to-implement-further-punishing-economic-measures-on-belarus)

Übergangsfrist für Rosbank

Das Office of Financial Sanctions Implementation OFSI hat die Allgemeine Genehmigung (GL) INT/2022/1968500 „Abwicklung von Positionen, an denen die Rosbank beteiligt ist“ (Bekanntmachung) erteilt, die eine Person oder Einrichtung (außer der Rosbank oder einer Tochtergesellschaft) bis zum 30. Juli 2022 ermächtigt, alle Transaktionen, an denen sie beteiligt ist und an denen die Rosbank oder eine Tochtergesellschaft beteiligt ist, abzuwickeln, einschließlich der Schließung von Positionen, der Rückzahlung von Krediten, des Abzugs von Einlagen und der Auflösung von Konten. Eine Person/Einrichtung, ein relevantes Institut, die Rosbank oder eine Tochtergesellschaft kann jede Maßnahme ergreifen, die vernünftigerweise erforderlich ist, um dies zu erreichen.

Die Rosbank befindet sich im Besitz bzw. unter der Kontrolle von Wladimir Potanin, der am 29. Juni 2022 vom Vereinigten Königreich auf die Sanktions-Liste gesetzt wurde

[Microsoft Word - Publication Notice - INT.2022.1968500 \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/news/microsoft-word-publication-notice-int-2022-1968500)

Anpassungen bei Cyber-Sanktionen

Am 4. und 5. Juli 2022 nahm das Vereinigte Königreich die folgenden Änderungen an seiner Russland-Sanktionsliste vor:

- Hinzufügung von 8 Personen und United World International (sie wurden gleichzeitig von der Liste der Cyber-Sanktionen gestrichen, Bekanntmachung).
- Gelistete Personen: Aleyona Anatolyevna Chuguleva; Darya Aleksandrovna Dugina; Yuriy Sergeevich Fedin; Yevgeniy Eduardovich Glotov; Aelita Leonidovna Mamakova; Mikhail Anatolyevich Sinelin; Denis Yakovlevich Gafner; und Valeriya Kalabayeva.
- Streichung von Jakow Wladimirowitsch Rezantsew und Galina Uljutina von der Liste.
- Änderung der Einträge für 48 Personen, einschließlich der Umstellung der Einträge für 46 Personen von Dringlichkeitslisten auf Standardlisten.

- Der Eintrag für Mihajlo Perencevic wurde korrigiert und 2 doppelte Einträge wurden entfernt.

[Notice Russia_040722.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

[Notice Russia_050722.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

[Notice Cyber_050722.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Japan

Japan verhängt Sanktionen gegen 90 weitere russische und belarussische Bürger und Unternehmen

Die japanische Regierung hat weitere 90 Personen und Unternehmen aus Russland und Weißrussland auf ihre Sanktionslisten gesetzt. Dies gab das Finanzministerium am Dienstag, den 5. Juli bekannt.

"In Anbetracht der aktuellen Situation um die Ukraine hat das Kabinett neue restriktive Maßnahmen gegen die Russische Föderation beschlossen, um die internationalen Friedensbemühungen zu fördern", heißt es in einer Veröffentlichung des Ministeriums auf seiner Website.

Das neue Paket von Restriktionen beinhaltet insbesondere das Einfrieren der Vermögenswerte von Personen, die direkt an der "Destabilisierung der Lage in der Ostukraine" beteiligt sind. Außerdem wird ein Ausfuhrverbot für 65 russische und 25 belarussische Unternehmen verhängt.

Außerdem wird ein Embargo für die Einfuhr von Edelmetallen (Gold) aus der Russischen Föderation verhängt.

Darüber hinaus dürfen seit dem 5. September eine Reihe von Dienstleistungen, darunter Treuhand-, Buchhaltungs-/Wirtschaftsprüfungs- und Unternehmensberatungsdienste, nicht mehr für Kunden aus Russland erbracht werden.

Meldung des japanischen Finanzministeriums (JP/EN):

https://www.mof.go.jp/policy/international_policy/gaitame_kawase/gaitame/economic_sanctions/ukraine_kankeisha_20220705.pdf

Norwegen

Norwegen lässt Fracht für russische Bergleute auf Spitzbergen durch

Die norwegischen Behörden haben die Durchfahrt von Lebensmitteltransporten für russische Bergleute auf der Inselgruppe Spitzbergen angeordnet, berichtete NRK TV unter Berufung auf das Außenministerium des Landes. Norwegen hatte zuvor den Antrag der

russischen Seite auf Lieferungen abgelehnt und damit eine diplomatische Krise zwischen den beiden Ländern ausgelöst.

"Zwei Container mit Lebensmitteln für Barentsburg (eine Siedlung auf Spitzbergen) sind jetzt auf einem norwegischen Schiff von Tromsø nach Longyear unterwegs... Wegen der Sanktionen konnten sie nicht mit einem in Russland registrierten Schiff ankommen. Die norwegische Fluggesellschaft hat es nach Tromsø gebracht", erklärte Ane Haavardsdatter Lunde, Sprecherin des norwegischen Außenministeriums, die Situation im Gespräch mit NRK.

Sie betonte, dass die Weigerung der norwegischen Seite, die Ladung durchzulassen, ausschließlich auf die Bestimmungen der europäischen Sanktionspolitik zurückzuführen sei. Der Vertreter des norwegischen Außenministeriums betonte, dass die Verschiffung der Ladung nichts mit dem Vorschlag des Sprechers der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin zu tun habe, das Abkommen über die Abgrenzung des Seeraums mit Norwegen zu kündigen.

Zuvor hatte der Vorsitzende des russischen Parlaments erklärt, dass Russland als Reaktion auf die Ablehnung eines Angebots zur Lieferung von Lebensmitteln nach Spitzbergen den Vertrag kündigen könnte, mit dem Russland rund 175.000 Quadratmeter des Schelfs der Barentssee an Norwegen abtritt. Ein solcher Vorschlag wurde vom norwegischen Außenministerium als rechtlich unmöglich bezeichnet, da der Vertrag über die Abgrenzung der Meeresgebiete unbefristet ist.

https://www.kommersant.ru/doc/5447883?from=top_main_2

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Tagesschau

Wie die Politik den Krisenmodus vorbereitet

Die Bundesregierung bereitet sich auf eine mögliche Gas-Notlage vor - und darauf, dass Energieversorger Pleite gehen könnten. Dazu wird das Energierecht erneut geändert, neue Staatsbeteiligungen werden möglich.

Noch fließt russisches Gas durch die Ostseepipeline Nord Stream 1, wenn auch weniger als gewohnt. Angeblich hängt die Drosselung auf rund 40 Prozent der Maximalleistung mit einem fehlenden Ersatzteil zusammen, das wegen der westlichen Sanktionen nicht an Russland ausgeliefert werde. So heißt es aus Moskau.

Wirtschaftsminister Robert Habeck hält das jedoch für einen Vorwand. Der Grünen-Politiker warnt daher schon mal vor einem möglichen weiteren Einschnitt, wenn Nord Stream 1 in wenigen Tagen regulär gewartet wird und dann erst einmal gar kein Gas durch die Pipeline fließt - für circa zehn Tage. Was nach dem Ende der Wartung kommt? Niemand weiß es.

Die Sorge vor einem Gasengpass geht um

Doch jetzt schon ist klar: Der Winter kann zum Problem werden. Schon die bisherige Gasdrosselung erschwert die Aufgabe, die Gasspeicher ausreichend zu befüllen. Aus diesen Speichern wird normalerweise der im Winter höhere Bedarf bedient. Zwar müssen private Haushalte und wichtige öffentliche Institutionen wie Krankenhäuser nicht damit rechnen, dass ihnen der Gashahn zuge dreht wird. Doch in der Industrie geht die Sorge um, wer im Fall von fehlendem Gas die Produktion einstellen muss - mit Folgen für Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand.

Alle aber - Haushalte wie Unternehmen - betrifft die Frage, wie es mit den Preisen weitergeht. Dabei ist zwischen den Preisen in den Gasverträgen und der Preisentwicklung an den Märkten zu unterscheiden. Zwar sind auch die Preise in den Verträgen schon deutlich gestiegen, bei den Stadtwerken München zum Beispiel liegt der Anstieg zwischen Dezember 2021 und August 2022 bei rund 70 Prozent je Kilowattstunde Gas.

Noch gravierender aber sind die Preissprünge am Spotmarkt: die Gaspreise haben sich hier vervielfacht. Das bekommen derzeit gerade die Gasversorger zu spüren, die zwar feste Lieferverpflichtungen haben, aber nicht mehr genug Gas bekommen. Das fehlende Gas müssen sie teuer am Markt einkaufen.

Staatseinstiege künftig möglich

Hier setzen die Probleme des Gasversorgers Uniper ein, der in der vergangenen Woche einen Alarmruf losgelassen hat. Das Unternehmen, dessen Aktien in Deutschland im MDAX gehandelt werden, das aber überwiegend zum finnischen Konzern Fortum gehört, kämpft offenbar mit einer akuten Notlage. Vor wenigen Tagen hat Uniper die Politik daher um Hilfe gebeten.

Binnen weniger Tage will die Bundesregierung das vor kurzem schon einmal veränderte Energiesicherungsgesetz noch einmal korrigieren - und damit die Möglichkeit schaffen, dass der Staat bei "Unternehmen der Kritischen Infrastruktur im Energiesektor" und damit eben auch bei Uniper einsteigen kann. Vorbild dabei ist der Wirtschaftsstabilisierungsfonds aus Corona-Zeiten, aus dem der Reisekonzern TUI und die Lufthansa zeitweise Milliardenhilfen erhielten; die Lufthansa hat diese bereits vollständig zurückgezahlt, TUI teilweise.

Noch gravierender ist freilich eine zweite Änderung im Energiesicherungsgesetz, die jetzt vom Kabinett beschlossen wurde und nun noch durch Bundestag und Bundesrat muss: Die Mehrkosten, die auf die Gasversorger wegen der Preisexplosion an den Märkten zukommen, können gegebenenfalls gleichmäßig auf alle Gaskunden verteilt werden.

Habecks Warnung vor dem "Lehman-Brothers-Effekt"

Schon vor kurzem hatte die Ampel-Koalition ein außerordentliches Preisanpassungsrecht in das Gesetz aufgenommen: Wenn einzelne Unternehmen wegen der Entwicklung an den Gasmärkten pleite zu gehen drohen, können sie von ihren Kunden über die bestehenden Verträge hinaus höhere Preise verlangen. Damit soll eine Pleite von Gasversorgern verhindert werden. Minister Habeck warnte sogar schon vor "einer Art Lehman-Brothers-Effekt am Energiemarkt", sieht also die Gefahr, dass wie in der Finanzkrise die Pleite eines wichtigen Gas-Players dramatische Folgen haben könnte.

Die neue Regel soll alternativ zur Geltung kommen und würde eine Aufteilung der höheren Kosten auch auf Kunden von Gasversorgern erlauben, die selbst nicht akut von der Krise betroffen sind. Ein "scharfes Schwert" sei das, sagt der Wirtschaftsminister. Man wolle auch alles dafür tun, dass dieses Instrument gar nicht erst zum Einsatz komme. Zugleich aber warnt Habeck: "Die Lage am Gasmarkt ist angespannt, und wir können eine Verschlechterung der Situation leider nicht ausschließen." Sprich: Sollte sich die Gasnotlage verstärken, käme auf alle Kunden - Haushalte wie Unternehmen - ein weiterer Preisschub zu, über die in den Verträgen vereinbarten Anstiege hinaus.

Zusammen mit weiteren geplanten Maßnahmen wie dem Ersatz von Gaskraftwerken durch die vergleichsweise klimaschädlicheren Kohlekraftwerke zeigt all das: Die Politik ist in extremer Sorge und greift zu gravierenden Maßnahmen, die vor kurzem noch unvorstellbar waren. Doch wie hatte am Montag bereits Kanzler Olaf Scholz gewarnt: Die aktuelle Krise werde nicht in wenigen Monaten vorübergehen.

[NTV](#)

Russland schränkt Öltransit von Kasachstan ein

Öl aus Kasachstan könnte die wackelnde Energieversorgung in der EU stabilisieren. Der Export läuft allerdings zum Großteil über ein russisches Terminal. Und das muss nun überraschend für einen Monat dichtmachen.

Ein für den Export von kasachischem Öl bestimmtes Terminal im Schwarzen Meer muss auf Beschluss eines Gerichts in Südrussland für 30 Tage seinen Betrieb einstellen. Begründet wurde der Stopp mit möglichen Umweltschäden, wie die Nachrichtenagentur Interfax berichtete. Zuletzt hatte es zwischen Russland und der benachbarten zentralasiatischen Ex-Sowjetrepublik Kasachstan wegen des Ukrainekriegs Unstimmigkeiten gegeben.

Die Betreibergesellschaft Caspian Pipeline Consortium (CPC) sei „gezwungen, das Gerichtsurteil umzusetzen“, werde aber dagegen klagen, heißt es in einer Stellungnahme des Unternehmens. Nach offiziellen Angaben ist die Dokumentation beim Notfallplan für die Beseitigung eventueller Ölunfälle unvollständig.

Ursprünglich hatten die Behörden CPC bis zum 30. November Zeit gegeben, die Verstöße zu beseitigen, doch in einer Gerichtsverhandlung am Dienstag forderte die regionale Transportaufsicht überraschend die Schließung des Terminals - und erhielt Recht. Über das Terminal in der südrussischen Hafenstadt Noworossiysk fließen 80 Prozent des aus Kasachstan exportierten Öls - Kasachstan hat keinen eigenen Zugang zu den Weltmeeren. Die Umschlagkapazität liegt bei 67 Millionen Tonnen Öl pro Jahr.

Kasachstan erkennt Separatistengebiete nicht an

Kasachstans Präsident Kassym-Schomart Tokajew hatte zuletzt der EU angeboten, mehr Öl und Gas nach Europa zu liefern, um die Energiesicherheit des Kontinents trotz des Ukrainekriegs und der damit zusammenhängenden Sanktionen gegen Russland zu gewährleisten. Kasachstan könne eine Art Pufferzone bilden, um die Ungleichgewichte bei der Energieverteilung zwischen Ost und West sowie Nord und Süd auszugleichen, sagte Tokajew.

Kasachstan hatte sich in dem Ende Februar von Kremlchef Wladimir Putin befohlenen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht klar auf die Seite Russlands gestellt. Beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg erklärte Tokajew zudem während einer Podiumsdiskussion mit Putin, dass Kasachstan nicht Russlands Beispiel folgen werde, die ostukrainischen Separatistengebiete Luhansk und Donezk als unabhängige Staaten anzuerkennen.

VW verlässt Nischnij Nowgorod

Volkswagen schließt seinen Standort in Nischni Nowgorod. Ein entsprechendes Verfahren wurde gestern eingeleitet, wie die russische Tageszeitung Kommersant berichtet. Demnach könne der deutsche Automobilkonzern in einem Zustand allgemeiner Unsicherheit keine Vorhersage mehr über eine mögliche Wiederaufnahme der Produktion machen. Die VW-Produktion in Nischni Nowgorod befand sich auf dem Gelände des Gorki-Automobilwerks, wo zuletzt Volkswagen- und Skoda-Fahrzeuge gefertigt worden sind. Die russische GAZ-Gruppe, in dessen Besitz sich das Gorki-Automobilwerk befindet, plant die freiwerdenden Kapazitäten in Zukunft anderweitig zu nutzen

[Volkswagen закрывает производство на заводе в Нижнем Новгороде - Новости – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru/news/article/1754863)

Management-Buy-Out bei Schneider Electric

Der französische Elektronik-Konzern Schneider Electric gibt laut russischen Medienberichten sein russisches Geschäft an das lokale Management ab und rechnet dabei mit Abschreibungen in Höhe von 300 Millionen Euro. Schneider Electric hat im vergangenen Jahr etwa zwei Prozent seines Gesamtumsatzes in Russland erwirtschaftet. Nach Beginn des Russland-Ukraine-Konflikts hatte das Unternehmen aber neue Investitionen und internationale Lieferungen nach Russland und Belarus auf Eis gelegt. Das neue Unternehmen soll den Namen Systeme Electric tragen. Allerdings bedarf der Abschluss der Transaktion noch der behördlichen Genehmigung, heißt es in einer Erklärung des Unternehmens.

[Schneider Electric продала российский бизнес команде менеджмента — РБК \(rbc.ru\)](#)

Tagesschau

Die mühsame Jagd nach Oligarchenvermögen

Zur Durchsetzung der Russland-Sanktionen sind bisher knapp 4,5 Milliarden Euro an Vermögenswerten sichergestellt worden. Doch allein im Immobiliensektor gibt es mehr als 700 Firmen, deren Eigentümer kaum ermittelbar sind.

Zwei Yachten für gut 940 Millionen Euro, Unternehmensbeteiligungen von mehr als einer Milliarde Euro und 2,26 Milliarden Euro auf Konten bei deutschen Banken - so die aktuelle Bilanz der Durchsetzung der Russland-Sanktionen. Auf den ersten Blick ist es ein Erfolg, auf den zweiten Blick jedoch ein überschaubares Ergebnis.

Die Unternehmensbeteiligung betrifft den TUI-Anteil des Oligarchen Alexei Alexandrowitsch Mordaschow, der öffentlich bekannt war. Die auf Konten eingefrorenen Beträge waren ebenfalls schnell zu finden: Per Software gleichen die Banken die Namen der Kontoinhaber mit den Sanktionslisten ab, wie schon seit Jahren bei der Verhinderung von Geldwäsche. Problematisch indes waren die Yachten: Angemeldet über Firmen, deren "wirtschaftlich Berechtigte", also Eigentümer, sich hinter internationalen Firmengeflechten versteckten und nur schwer zu ermitteln waren.

Mehr als 60 Offshore-Firmen von Oligarchen identifiziert

Die Yachten konnte das Bundeskriminalamt (BKA) dank Millionen angekaufter Datensätze aus Offshore-Leaks wie den Panama Papers zuordnen. In Bezug auf sanktionierte russische Oligarchen stellt das BKA fest, dass "mehr als zehn Personen aufgrund des Geburtsdatums oder weiterer vorhandener Informationen eindeutig verifiziert werden" konnten. Ihnen wurden mehr als 60 Offshore-Gesellschaften in Deutschland zugeordnet.

Recherchen von BR, MDR, SWR und RBB zufolge dienen diese Firmen jedoch vor allem dem Unterhalt von Immobilien: Einer Firma gehört die Luxusimmobilie, die nächste bezahlt den

Koch, eine andere sorgt für den Fuhrpark. Es sind kleine "Objektgesellschaften" mit jeweils einer konkreten Aufgabe, eher zum Geld ausgeben, als zum Geld verdienen gedacht.

Finanzbehörden gleichen Sanktions- und Steuerdaten ab

1158 Personen und 98 Unternehmen und Organisationen stehen inzwischen auf den Sanktionslisten. Doch nur wenige scheinen in Deutschland Immobilienvermögen zu besitzen. Entdeckt wurden diese, weil sie im Grundbuch stehen und somit auch Steuern zahlen. In München fanden die bayerischen Finanzbehörden beim Abgleich der Steuerdaten schon Anfang Mai zwei Eigentumswohnungen und ein Grundstück des Duma-Abgeordneten Roman L. und seiner Frau Elena K.

Eine bundesweite Abfrage von BR, MDR, RBB und SWR bei den Finanzbehörden ergab: Seit Verhängung der Sanktionen gleichen die Finanzbehörden die Steuerdaten mit den Sanktionslisten ab. Die Ausbeute scheint aber überschaubar. In Baden-Württemberg "konnten nur wenige Fälle identifiziert werden". In Sachsen-Anhalt und Bremen wurde nichts gefunden. Die übrigen Länder äußern sich nicht zu Einzelheiten und erklären in Absprache mit dem Bundesfinanzministerium: "Einzelheiten können im Hinblick auf die beabsichtigten Wirkungen nicht mitgeteilt werden."

Hunderte Immobilienfirmen mit unklaren Eigentümern

Ist Deutschland womöglich gar kein Eldorado der russischen Eliten, wo sie ihre Vermögen über die Jahre gut getarnt anlegen? Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit bezweifelt das. Nach seiner Einschätzung dürften die wenigen "Treffer" eher ein Beleg für die weitgehende Anonymität am Immobilienmarkt sein: "Kriminelle aus der ganzen Welt einschließlich Russland verstecken deswegen hier immer noch viele Milliarden verdächtiger aber nach wie vor ungeklärter Herkunft.

"Eine exklusive Auswertung von Creditreform-Daten durch BR, MDR, RBB und SWR scheint ihn zu bestätigen. Bundesweit gibt es demnach 774 Immobilienunternehmen, zur deren unmittelbaren Eigentümern wiederum Firmen in Zypern (673), auf den Britischen Jungferninseln (82), den Kaiman- (17) und den Marshallinseln (2) gehören. Diese Orte gelten als ideal, um die wirklichen Eigentümer zu verschleiern. Die Datenauswertung zeigt, dass diese Immobilienunternehmen in fast allen Bundesländern zu finden sind, der Großteil davon in Berlin:

Trautvetter meint jedoch, die Zahl könnte weitaus größer sein, weil Unternehmen aus den Schattenfinanzplätzen direkt oder über Zwischengesellschaften beispielsweise in Luxemburg oft Firmen-Ketten verwenden, die weitaus komplexer sein können. Doch bislang gibt es keine Institution mit dem Auftrag, diese Strukturen aufzuklären. Nach ARD-Informationen soll es bei der Deutschen Bundesbank eine Liste mit Firmen geben, deren Eigentümer unklar sind. Doch eine Bearbeitung dieser Liste durch das BKA, das Erfahrungen mit der Analyse komplexer Strukturen hat, sei aus "rechtlichen Gründen" nicht möglich, heißt es von dort. Es mangelt an der gesetzlichen Regelung.

Der russische Oligarch Arkadi Rotenberg, seit 2014 auf der Sanktionsliste, machte von den "Leerstellen" im deutschen Recht regen Gebrauch. Jahrelang hatte er Kunstwerke im Wert von gut 18 Millionen Dollar bei einem Spediteur im Hamburger Freihafen eingelagert, wie es in einem Bericht des US-Senats heißt. 2019 konnten die Kunstwerke nach Moskau transportiert werden, weil keine Stelle überprüfte, wer hinter den zum Teil auf den Britischen Jungferninseln registrierten Firmen stand, die sich im Freihafen eingemietet hatten.

Will man die russischen Oligarchen treffen, reicht es nicht, ihre Namen in Listen aufzuführen. Wie die Rotenbergs errichteten viele über Jahre komplexe Firmenstrukturen. Die Firmennamen stehen dann im Grundbuch. Die Anteile werden über Share-Deals verkauft oder verschoben. So wechselt über die Firma dann auch das Eigentum und niemand merkt es. Auf diese Weise konnte Arkadi Rotenberg trotz Sanktionen vor einigen Jahren seine Anteile an einem Villenkomplex in der Pücklerstraße in Berlin-Schmargendorf unbehelligt übertragen, anschließend wurde die Luxusimmobilie unter Beteiligung seiner Tochter verkauft.

Schlupfloch im Transparenzregister soll geschlossen werden

Seit 2017 soll das Transparenzregister dafür sorgen, dass sich die wirtschaftlich Berechtigten hinter ominösen Firmenstrukturen offenbaren - ursprünglich bis 2021. Doch wegen neuer Gesetze und Übergangsfristen wurde dieser Termin verschoben. Viele Unternehmen hätten sich bis 30. Juni registrieren müssen, einige haben Zeit bis Ende 2022. Nach Auskunft des Bundesverwaltungsamtes, bei dem das Transparenzregister angesiedelt ist, müssen sich etwa 1,7 Millionen Unternehmen registrieren. Per 26. Juni haben dies 850.000 getan. Wer seiner Pflicht nicht nachkommt, dem drohen Bußgeldverfahren. 37.227 wurden bislang eingeleitet, Verwarnungen und Bußgelder in Höhe von gut 8,2 Millionen Euro verhängt.

Doch selbst nach Ablauf aller Fristen besteht weiter ein Schlupfloch für all jene, die sich nicht "offenbaren" wollen: Wenn der wirkliche "Berechtigte" oder "Eigentümer" sich nicht ermitteln lässt, kann der "gesetzliche Vertreter", in der Regel ein Manager, der auf keiner Sanktionsliste erscheint, gemeldet werden. Ermittler, die dem Verdacht auf Geldwäsche nachgehen, halten das schon seit Jahren für eine Art "Begünstigung von Straftaten".

Sebastian Fiedler, ehemaliger Vorsitzender des Bundes deutscher Kriminalbeamter und seit Herbst 2021 für die SPD im Bundestag, kritisierte dies jahrelang. Was bei der Geldwäsche versäumt wurde, falle Deutschland jetzt bei der Durchsetzung der Sanktionen auf die Füße. Seine Hoffnung ruht auf dem für den Spätsommer geplanten Sanktionsdurchsetzungsgesetz II.

Beschlagnahme verdächtiger Vermögen geplant

Die Leerstellen könnten dann geschlossen werden. Es soll, wahrscheinlich angesiedelt beim Zoll, eine "zentrale Bundesorganisation" geschaffen werden, "die willens und in der Lage ist, sich um die Durchsetzung der Sanktionen zu kümmern". Gemeinsam mit dem BKA, so Fiedler, könnten dann Experten endlich mit dem nötigen Know-how an die Arbeit gehen und sanktionierte Vermögen ebenso wie Geldwäscher aufspüren.

Schwerer ins Gewicht fallen wird aber der Vorschlag zur Einziehung verdächtiger Vermögen bis hin zur Enteignung. Der Staat, sagt Fiedler, wird bei "verdächtigen Vermögenswerten" einen Auskunftsanspruch haben. "Und wenn derjenige, der da offiziell eingetragen ist, nicht sagt, woher das Vermögen kommt, ist es weg." Unterstützt wird die Forderung auch von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die schon im Mai einen entsprechenden Antrag einbrachte.

Markus Herbrand, der finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, macht jedoch klar, dass derart rigorose Maßnahmen auf sanktionierte Personen beschränkt bleiben sollen. "Eine Schnüffeldatenbank, die sämtliche Vermögenswerte und deren Besitzer unter Generalverdacht stellt und damit unter Erklärungsdruck setzt", wäre nach seiner Meinung der falsche Weg.

Leoni verkauft Fabrik in Tatarstan

Der deutsche Automobilzulieferer Leoni hat seine Fabrik in Nabereschnyje Tschelny (Tatarstan) verkauft. Neuer Eigentümer ist lokalen Medienberichten zufolge das russische Unternehmen Prettl-NK, das ebenfalls Kabel und Schläuche für die Autoindustrie herstellt. Hauptkunde beider Unternehmen soll der in der Region ansässige Lkw-Hersteller Kamaz sein. Ob und wie der Käufer zu dem namensverwandten deutschen Zulieferer Prettl in Beziehung steht, wird in den Berichten nicht erklärt. Mit der Übernahme der Leoni-Fabrik und ihrer Mitarbeiter verdoppelt Prettl-NK seine Produktionskapazität, so das Regional-TV.

[Филиал немецкого завода Leoni в Челнах выкупила нижекамская компания \(chelny-izvest.ru\)](http://chelny-izvest.ru)

Deutsche Bank siedelt Mitarbeiter um

Die Deutsche Bank hat mehrere Hundert ihrer russischen Programmierer mit Familien nach Deutschland übersiedeln lassen. Nach Erkenntnissen der Zeitung Financial Times nahm mehr als die Hälfte der russischen IT-Mitarbeiter das Angebot an, in die Bundesrepublik zu wechseln. Insgesamt seien 2.000 Menschen nach Deutschland gezogen. Sie alle seien offiziell in die Emigration gegangen, es handele sich keinesfalls um Evakuierungen betonte ein Insider.

[FT узнала о релокации сотрудников Deutsche Bank из России — РБК \(rbc.ru\)](http://rbc.ru)

Wiener Zeitung

Optimismus schwindet auch in Osteuropa

Je länger der Krieg in der Ukraine dauert, desto schlechter geht es auch Mittel- und Südosteuropa. Die Armut nimmt zu.

Die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer sowie die Westbalkanländer haben sich seit Beginn des russischen Kriegs in der Ukraine "erstaunlich widerstandsfähig" gezeigt, stellte das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) in seiner Sommerprognose am Mittwoch fest. Doch die positive Stimmung ist nur vorübergehend - auch in diesen Ländern werden die Kriegsfolgen deutlicher zu spüren sein als bisher, sagt Mario Holzner, Leiter des WIIW.

Demgegenüber war der Wirtschaftseinbruch in der Ukraine schon im ersten Quartal 2022 massiv. Die Schäden an Infrastruktur und Gebäuden beträgt inzwischen 60 Prozent des Vorkriegs-BIP beziehungsweise mehr als 100 Milliarden Dollar. 14 Millionen Menschen wurden zu Binnenvertriebenen und Flüchtlingen. Die Prognose für das laufende Jahr ist ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 38 Prozent.

Russlands BIP-Rückgang könnte 2022 sieben Prozent betragen. Ein Grund, warum die russische Wirtschaft nicht noch mehr geschwächt ist, ist laut Holzner unter anderem, dass die russische Zentralbank den Wechselkurs an den Ölpreis gekoppelt habe. Der gestiegene Ölpreis habe sich nominell auf die russischen Exporte ausgewirkt.

Die Teuerung lag bei 11 Prozent

Die gestiegenen Energiepreise sowie die fehlenden Agrarexporte aus der Ukraine und Russland lassen in Südost- und Osteuropa die Inflation steigen. In den meisten untersuchten Ländern war diese im zweistelligen Bereich.

Die Ausgaben für Lebensmittel in den Ländern sind verglichen mit dem Rest Europas verhältnismäßig hoch und machen zwischen 20 und 40 Prozent, in der Ukraine sogar 50 Prozent, der Haushaltsausgaben aus - in Österreich beträgt dieser Anteil zehn Prozent.

"Eines der größten Probleme ist die Blockade der Schwarzmeerhäfen. Sie verhindert den Export eines Großteils des ukrainischen Getreides, was die weltweiten Lebensmittelpreise weiter in die Höhe treiben wird", sagt Ukraine-Expertin Olga Pindyuk.

Aufgrund dessen sinkt der Konsum, immer mehr Haushalte werden in die Armut gedrängt - in Bulgarien beträgt die Armutsgefährdungsquote beispielsweise knapp 25 Prozent, in den EU27 liegt sie bei 17 Prozent.

Das Wirtschaftswachstum der mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten wird laut WIIW-Prognose heuer im Schnitt 3,3 Prozent betragen, jenes der Balkan-Länder und der Türkei drei Prozent und darunter.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Schwerpunkt: Wiederaufbaukonferenz in Lugano

Rund 1000 Experten aus 40 Ländern haben am 4. und 5. Juli an der „Ukraine Recovery Conference“ im schweizerischen Lugano teilgenommen. Auch der Ost-Ausschuss war dort vertreten und organisierte im Nachgang am 8. Juli ein Online-Debriefing zu den wichtigsten Konferenzergebnissen. Über 40 Unternehmensvertreter schalteten sich online zu und tauschten sich mit Experten über die nächsten Schritte aus.

Hier geht es zum gesamten Artikel:

[Ergebnisse von Lugano aus Sicht der Wirtschaft | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Tagesschau

Erste Schritte für den Wiederaufbau

Auf der Ukraine-Konferenz in Lugano sind erste Weichen für den Wiederaufbau gestellt worden. In einer „Luganer Erklärung“ bekannten sich mehr als 40 Staaten und internationale Organisationen zur Hilfe - und einigten sich auf sieben Prinzipien.

In Lugano haben sich zwei Tage lang Delegierte aus der Ukraine mit zahlreichen internationalen Partnern über den Wiederaufbau ihres Landes - eine Art Marshall-Plan - beraten. Die mehr als 40 Staaten und internationale Organisationen bekannten sich nun auf der Konferenz in einer "Luganer Erklärung" zur Hilfe beim Wiederaufbau der Ukraine.

Vertreter unter anderem Deutschlands, der USA, Großbritanniens und Frankreichs unterzeichneten das Dokument in der Stadt im Schweizer Tessin. "Der Wiederaufbau einer freien und demokratischen Ukraine ist unser gemeinsames Ziel", erklärte die deutsche Entwicklungsministerin Svenja Schulze. Die Erklärung von Lugano sei "ein wichtiger erster Schritt auf dem langen Weg zur Erholung der Ukraine", sagte der gastgebende Schweizer Präsident Ignazio Cassis.

Einigung auf sieben Grundprinzipien

In der „Erklärung von Lugano“ einigen sich die Teilnehmer der Konferenz auf sieben Grundprinzipien: Es geht um die Verpflichtung auf einen demokratischen Prozess, an dem die ganze Gesellschaft teil hat, die Einbindung privater Unternehmen, eine grüne Transformation hin zu einer CO2-freien Gesellschaft, eine digitalisierte Verwaltung und Aufbauprojekte frei von Vetternwirtschaft und Bereicherung. „Der Wiederaufbauprozess muss transparent sein“, heißt es darin. „Die Rechtsstaatlichkeit muss systematisch gestärkt und die Korruption ausgemerzt werden.“

"Korruptionsbekämpfung wichtiges Thema"

„Die Korruptionsbekämpfung ist ein ganz wichtiges Thema“, sagte Schulze der Nachrichtenagentur dpa in Lugano. Die ukrainische Regierung wolle alles tun, um die Korruption zu bekämpfen.

Trotz großer Reformanstrengungen stand die Ukraine vor dem Krieg im Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 122 von 180. Die ukrainische Regierung habe bereits digitale Plattformen für Regierungsdienstleistungen aufgebaut, die Korruption unmöglich machen sollen, sagte Regierungschef Denys Schmyhal. Dieser Ausbau gehe weiter. Der per Video zugeschaltete ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj versprach "maximale Transparenz" bei allen Projekten.

Schulze: Deutschland 2024 Gastgeber der Ukraine-Konferenz

Bei der Konferenz sei ihr die Dimension der Zerstörung in der kriegsversehrten Ukraine noch einmal deutlich geworden, sagte Schulze weiter: "Das ist kein Projekt für ein Jahr oder zwei." Nach Großbritannien im nächsten Jahr will Deutschland die Wiederaufbaukonferenz 2024 ausrichten, wie Schulze ankündigte. "Jeder Tag, den Russland seinen abscheulichen Krieg gegen die Ukraine fortsetzt, ist ein Tag zu viel", sagte Schulze. Die Weltgemeinschaft sei geeint in dem Ziel "des Wiederaufbaus einer freien und demokratischen Ukraine".

Ukraine schätzt Kosten auf mindestens 750 Milliarden Dollar

Die ukrainische Regierung schätzt den Bedarf für den Wiederaufbau auf mindestens 720 Milliarden Euro. Dafür sollten die 300 bis 500 Milliarden Dollar an russischen Vermögenswerten herangezogen werden, die weltweit eingefroren sind, forderte Schmyhal: "Russland und anderen möglichen Aggressoren muss klar sein, dass sie für grundlose und ungerechtfertigte Angriffe zahlen müssen."

Selenskyj hatte die internationale Gemeinschaft zuvor eindringlich zur Unterstützung beim Wiederaufbau aufgerufen. Sein zerstörtes Land wieder aufzubauen, sei nicht die Aufgabe einer einzigen Nation, sondern die "gemeinsame Aufgabe der gesamten demokratischen Welt".

Deutsche Welle

Lugano-Konferenz: Nachhaltige Hilfe für die Ukraine

Die internationale Gemeinschaft macht in Lugano viele Versprechen, aber keine konkreten Finanzausgaben. Aus dem Krieg soll die Ukraine besser, digitaler, grüner hervorgehen. Die nächste Konferenz ist schon geplant.

Geplant war eine Konferenz zur Ukraine in Lugano schon lange bevor Russland das Land im Februar angegriffen hat. Die Schweiz hatte zu einer Konferenz über Korruptionsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine eingeladen. Immerhin stand das Land vor Kriegsbeginn auf dem ziemlich schlechten Platz 122 von 180 Plätzen auf einer Rangliste, die die Antikorruptionsorganisation Transparency International führt.

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat die Lage radikal geändert. Das Treffen in der Schweiz wurde zu einer Wiederaufbaukonferenz umgewidmet. Über 40 Staaten und 16 internationale Organisationen nahmen daran teil. Es handelte sich aber nicht um eine klassische Geberkonferenz, auf der Regierungen wolkige Finanzierungsversprechen für Opfer von Kriegen, Bürgerkriegen oder Naturkatastrophen abgeben. In Lugano ging es ums Prinzip.

Gewaltige Summen für gewaltige Schäden

In sieben Bausteinen haben die versammelten Staaten und Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Investitionsbank festgelegt, wie der Wiederaufbau eines Landes mitten im Krieg organisiert werden soll. Der ukrainische Regierungschef Denys Schmyhal nannte die gewaltige Summe von 750 Milliarden US-Dollar als Preis für einen nachhaltigen Wiederaufbau. Die Hälfte davon könnte nach seiner Rechnung durch die Beschlagnahme und Verwertung russischer Vermögen im Ausland bezahlt werden. Doch bislang scheuen die EU, die USA und andere Staaten diesen Schritt. Zur Zeit sind die Vermögen des russischen Staates und regimetreuer Oligarchen durch Sanktionen „eingefroren“, also nicht wirtschaftlich nutzbar. Enteignungen gab es bis jetzt nur einige wenige.

Klar sei, dass die Beseitigung der Schäden in der Ukraine, für die Russland verantwortlich ist, Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern werde, meinte die deutsche Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze im schweizerischen Tagungsort: „Diese Aufgabe ist riesig.“ Bundeskanzler Olaf Scholz hatte kürzlich bereits einen Marshall-Plan für die Ukraine angeregt, also ein Investitionsprogramm, wie es der damalige US-Außenminister George C. Marshall nach dem Zweiten Weltkrieg für die Kriegsoffer in Westeuropa, aber auch für den Kriegsschuldigen Deutschland entworfen hatte. Mit rund 12 Milliarden US-Dollar Investitionen wurde ein sogenanntes „Wirtschaftswunder“ ausgelöst, das auch neue Absatzmärkte für US-amerikanische Unternehmen schuf. Diese könne auch in der Ukraine passieren, hieß es in Lugano. Nach dem Kriege werde ein Markt mit 40 Millionen Menschen, die in die EU streben, bedient werden müssen.

Wiederaufbau soll demokratisch und nachhaltig werden

Die „Erklärung von Lugano“, wie dieser Plan nun heißt, sieht vor, dass der Wiederaufbau in internationaler Partnerschaft mit über 40 Unterzeichnerstaaten ablaufen sollen. Bedarf und Umsetzung sollen regelmäßig überprüft werden. Besondere Verantwortung kommt hier der Europäischen Union zu, denn schließlich ist die Ukraine seit vergangener Woche Beitrittskandidat der EU. Bislang hat die Europäische Union 6,4 Milliarden Euro an konkreter Hilfe zugesagt. Der Schwerpunkt der Wiederaufbauprogramme soll deshalb auch bei einer Heranführung an europäische Standards liegen. Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, versprach, Brüssel werde die Ukraine nicht alleine lassen, sondern sie stützen, solange es nötig sei.

Der Wiederaufbau müsse transparent und nach rechtstaatlichen Regeln erfolgen, forderten die Teilnehmer von Lugano. Korruption soll ausgeschlossen werden. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte in seiner Videoansprache während der Konferenz entsprechende Zusagen gemacht.

Demokratische Teilhabe, dezentrale Verwaltung der Mittel in den Kommunen, Perspektiven für rückkehrende Flüchtlinge und ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz sollen den Aufbau leiten, heißt es in der „Luganer Erklärung“.

Bei der Umsetzung der Projekte soll auf Geschlechtergleichheit, die Einhaltung der Menschenrechte und die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen geachtet werden. Insgesamt muss das ganze Wiederaufbauprogramm nachhaltig und möglichst klimafreundlich gestaltet werden.

Konkreter Aufbau beginnt bereits

Das sind große Ziele für ein Land mitten im Krieg, räumte die deutsche Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit Svenja Schulze ein. Nachhaltiger Wiederaufbau sei aber jetzt schon möglich. Es gehe darum, Wasserleitungen, Heizungen und Häuser zu reparieren, damit die Ukraine durch den Winter komme. "Der Wiederaufbau in der Ukraine beginnt bereits jetzt", so Schulze. In den westlichen Landesteilen sei das möglich.

Der Vertreter Estlands schilderte an einem praktischen Beispiel, wie sein Land helfe. Einzelne Städte Estlands hätten damit begonnen, Kindergärten in Partnergemeinden in der Ukraine wieder herzurichten, die durch russische Angriffe beschädigt worden waren. „Wir müssen einfach irgendwo anfangen“, so Andres Rundu, der stellvertretende Außenminister Estlands.

Wie Wiederaufbau in den von Russland besetzten Gebieten im Osten und Süden der Ukraine stattfinden kann und soll, ist in Lugano indes nicht klar geworden. „Das Beste wäre, dieser Krieg würde endlich aufhören. Darum tun wir auch alles dafür, dass Putin diesen Krieg jetzt stoppt“, so Ministerin Schulze.

Die Bundesregierung hat bislang eine Milliarde Euro als direkten Zuschuss zum Staatshaushalt der Ukraine bereitgestellt, damit zum Beispiel Gehälter von Beamten weiter gezahlt werden können. Hinzu kommen 426 Millionen Euro für konkrete Bauprojekte. Das sei ein Anfang, aber man werde immer wieder aufstocken müssen, meinte die deutsche Entwicklungshilfeministerin. Daneben erhält die Ukraine Milliardensummen aus den USA und von EU-Verbündeten, um Waffen und Munition kaufen zu können.

Lugano soll nur der Auftakt sein

Der Regierungschef der Ukraine, Denys Schmyhal, zeigte sich nach der Konferenz einigermaßen zuversichtlich. Es solle so wieder aufgebaut werden, „dass alles, was zerstört wurde, besser gemacht wird, als es vorher war“. Der Schweizer Gastgeber, Bundespräsident Ignazio Cassis, sagte, die „Erklärung von Lugano“ solle den Menschen in der Ukraine mitten im Krieg Hoffnung geben, dass sie nicht allein seien. Lugano sei nur der Auftakt zu einem langen Prozess.

Die nächsten Ukraine-Konferenzen sind schon geplant: 2023 in Großbritannien und 2024 in Deutschland oder Estland. Denys Schmyhal forderte die internationale Gemeinschaft im

Namen der Ukraine auf, nun schnell zu handeln. Sein Land sei dazu bereit. "Wenn wir sagen, wir wollen schnell beginnen, meinen wir das auch so."

Lugano Declaration

[Conference materials \(urc2022.com\)](http://urc2022.com)

Wiederaufbauplan der ukrainischen Regierung

Bei der internationalen Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine wurde ein dazugehöriger Plan der ukrainischen Regierung veröffentlicht, der für einen transparenten und effizienten Einsatz der Mittel sorgen soll. Das Konzept finden Sie in englischer Sprache auf dieser Seite:

[URC2022– Recovery plan](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](#)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Neuer EU-Leitfaden für Aufnahme von Flüchtlingen

Als Teil ihrer Initiative „Safe Homes“ hat die EU-Kommission Leitlinien entwickelt, um die Mitgliedstaaten bei der Unterbringung ukrainischer Schutzbedürftiger zu unterstützen. Der Leitfaden stellt Grundsätze und Praktiken vor, um etwa sicherzustellen, dass private Wohnlösungen für die Geflüchteten geeignet und sicher sind. Zudem sollen innovative Partnerschaften gefördert werden, zum Beispiel zwischen einzelnen Städten, die Flüchtlinge aufnehmen – aber auch zwischen den Mitgliedstaaten und den ukrainischen Behörden. Der Leitfaden zieht zudem Lehren aus den bisherigen Herausforderungen. Der Leitfaden ist ein weiteres Ergebnis eines Zehn-Punkte-Plans, um die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine besser zu koordinieren.

Aus Deutschland wird als positives Beispiel das Sozialzentrum „Zentrum Überleben“ hervorgehoben. Es bietet sowohl den Gastgebern als auch den aufgenommenen Personen online Unterstützung an, einschließlich psychologischer Betreuung.

Der Leitfaden legt auch einen Schwerpunkt auf nachhaltige Wohnlösungen für die Zukunft, die auf Beispielen und bewährten Verfahren von lokalen Behörden, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und allen beteiligten Akteuren aufbauen. Er sieht zudem die Unterstützung transnationaler Integrationsprojekte und kommunaler Partnerschafts-Programme durch verfügbare EU-Mittel vor.

Der Leitfaden zieht Lehren aus den Erfahrungen, die bislang seit der Ankunft der ersten Vertriebenen aus der Ukraine gemacht wurden:

In den meisten Fällen gibt es keine Strukturen zur Unterstützung der Gastgeber, beispielsweise spezielle Kommunikationskanäle oder Möglichkeiten für den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung.

Die Überprüfung der Gastgeber, die Zusammenführung von Gastgebern und Flüchtlinge und der Umgang mit auftretenden Problemen sind komplexe Probleme. Sie erfordern die Zusammenarbeit zwischen mehreren Akteuren, einschließlich der öffentlichen Behörden. Bei der Unterbringung von Vertriebenen in Privatwohnungen ist eine Reihe von Aspekten zu berücksichtigen: z. B. die Erwartungen der Gastgeber und der aufgenommenen Personen, Fragen im Zusammenhang mit der Dauer des Aufenthalts, die Regeln des Zusammenlebens (z. B. Rauchen, Nutzung bestimmter Räumlichkeiten oder nicht), aber auch die besonderen Bedürfnisse der aufgenommenen Personen.

Ungeeignete Unterkünfte: In manchen Fällen entspricht die privat angebotene Unterkunft nicht ihrer Beschreibung und nicht dem angemessenen Lebensstandard.

Sicherheitsbedenken: Private Wohnungsangebote gewährleisten zwar eine schnellere Reaktion und schaffen zusätzliche Kapazitäten. Sie bringen aber auch Sicherheitsbedenken mit sich, die von Arbeitsausbeutung bis hin zu Menschenhandel reichen.

Gefährdete Gruppen und Menschen, die mit Haustieren reisen: Menschen mit Behinderungen und Menschen, die eine spezielle medizinische Versorgung benötigen (z. B. Krebspatienten, Menschen mit Rollstühlen, die diese zurücklassen mussten), haben Schwierigkeiten, geeignete Unterkünfte und/oder Pflegeplätze zu finden. Die Unterbringung von Kindern und älteren Menschen stellt ebenfalls eine besondere Herausforderung dar. Es ist wichtig, gut durchdachte Maßnahmen für die Unterbringung unbegleiteter Kinder zu entwickeln. Für Menschen, die mit Haustieren reisen, ist es ebenfalls schwieriger, eine geeignete Unterkunft zu finden.

[Solidarität mit der Ukraine: Leitfaden für Aufnahme von Geflüchteten veröffentlicht \(europa.eu\)](#)

[Safe Homes guidance \(europa.eu\)](#)

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](#).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE94100400000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

Gesucht: Tankwagen für Kraftstofftransport in die Ukraine

Den Ost-Ausschuss hat eine Anfrage der ukrainischen Unternehmensgruppe Vitrago Holding (Vitagro.com.ua) erreicht. Gesucht wird nach Lösungen für den Transport von Kraftstoffen aus Europa. Eine der Hauptlösungen ist der Kauf von NEUEN oder GEBRAUCHTEN Kraftstofftanks für den Straßentransport.

Vitrago ist bereit, den Kauf von bis zu 5 Einheiten in Betracht zu ziehen.

Die Hauptanforderungen sind wie folgt:

- Vollständige ADR- und andere Zertifizierungen;
- Befüllung von unten mit API-Anschlüssen;
- Volumen ab 28 m³ pro Tank.

Falls Sie hier Kontakte vermitteln können, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

Umtausch von Hrywnja-Banknoten gestartet

Umtauschprogramm zwischen Euro und Hrywnja-Banknoten ist gestartet
Ein gemeinsames Programm der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbank und der Deutschen Kreditwirtschaft ermöglicht seit dem 24. Mai den Ankauf von Hrywnja-Banknoten. Flüchtlinge aus der Ukraine können nunmehr höchstens 10.000 Hrywnja zu einem, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umrechnungskurs, tauschen. Mehr (auch auf Ukrainisch und Englisch)

[Umtauschprogramm Hrywnja-Banknoten - Bankenverband](#)

Spenden für ukrainische Feuerwehrleute in Charkiv – Aufruf der AHK Kyiv

Als Reaktion auf eine Anfrage der Hauptabteilung des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine in der Region Charkiv sammelt die gemeinnützige Organisation „Common Cause Charkiv“, zusammen mit der Freiwilligenbewegung der Ukraine und der AHK Ukraine, Geldspenden für den Kauf eines Abschleppfahrzeugs für die Charkiver Garnison des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine, um die Evakuierung beschädigter Feuer- und Rettungsausrüstung sowie das Abschleppen schwerer ziviler Fahrzeuge während des Krieges zu sichern.

Weitere Informationen:

German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce
vul. Pushkinska 34, 01024 Kyiv, Ukraine
Phone: +38 (044) 377 52 00, +380 44 377 52 44
Email: info@ukraine.ahk.de
<http://ukraine.ahk.de>

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](https://europa.eu/press-room/news/16-05-2022-1)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu

bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsangebote und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und

medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:
[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:
[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)
[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>

- Handout für Ankommende in Berlin:
<https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlXuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](https://www.germany4ukraine.de)

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](https://www.bme.de/infopoint-ukraine-konflikt)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](https://www.actionmedeor.de) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert

und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden.

Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail:

ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfeersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;

- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

